Vorblatt

Ziel

Einzugsgebiete nach dem aktuellen Stand der Technik erfassen und den naturräumlichen Gegebenheiten entsprechend zu beschreiben und darzustellen.

Inhalt

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahme(n):

Erfassung aller Wildbach- und Lawineneinzugsgebiete in den Anlagen zur Verordnung (Stand: 31.12.2016). Die planliche Darstellung der Abgrenzung der Einzugsgebiete ist in digitaler Form im geografischen Informationssystem abzurufen.

Finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt und andere öffentliche Haushalte:

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen:

Bund: keine

Land: keine

Gemeinden: keine

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Im Begutachtungsverfahren kann die planliche Darstellung über einen Link zum geografischen Informationssystem abgerufen werden.

Kundmachung durch Auflage.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil mit Vereinfachter Wirkungsorientierter Folgenabschätzung

Vorhabensprofil

Bezeichnung des Regelungsvorhabens: Verordnung des Landeshauptmannes von Steiermark, mit der die Einzugsgebiete der Wildbäche und Lawinen in der Steiermark festgelegt werden.

Einbringende Stelle: Abteilung 10, Land- und Forstwirtschaft

Laufendes Finanzjahr: 2017

Jahr des Inkrafttretens/Wirksamwerdens: 2017

Beitrag zu Wirkungsziel im Landesbudget:

Das Vorhaben trägt zu folgendem Wirkungsziel bei:

Bereich Landesrat Ök.-Rat Johann Seitinger, Bereichsziel Nr. 3, Schutz von Mensch und Gut;

Problemanalyse

Anlass und Zweck, Problemdefinition:

Die Verordnung über die Festlegung der Einzugsgebiete der Wildbäche und Lawinen wurde zuletzt im Jahr 2010 neu erlassen (LGBl.Nr. 83 vom 24. September 2010). Seit dieser Zeit konnte die Wildbach- und Lawinenverbauung (WLV) insbesondere durch neue und digitale Planungsgrundlagen – wie z.B. flächendeckender Laserscan – bessere Kenntnisse über die naturräumlichen Gegebenheiten in den Einzugsgebieten gewonnen werden. Aufgrund dieser Möglichkeiten konnten neue Einzugsgebiete erkannt bzw. herausgenommen werden. Die angegebenen Einzugsgebiete entnehmen keine Feststoffe in gefahrbedrohendem Ausmaß aus dem Einzugsgebiet oder aus dem Bachbett und lagern diese auch nicht innerhalb oder außerhalb des Gewässers ab. Auch einige neue Lawineneinzugsgebiete wurden im Gelände erkannt und in den Verordnungsentwurf aufgenommen.

Die Abgrenzung der Zuständigkeit zur Bundeswasserbauverwaltung (BWV) erfolgt in Abstimmung mit der Abteilung 14, Wasserwirtschaft, Ressourcen und Nachhaltigkeit beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Weiters wurden die länderübergreifenden Einzugsgebiete mit den angrenzenden Bundesländern abgestimmt.

Mit der gegenständlichen Neufassung der Verordnung wird eine gesamthafte Berichtigung der Zuständigkeiten erfasst.

Was geschieht mit den bestehenden Gefahrenzonenplänen (GZP) der WLV?

Mit der **Feststellung der Nicht-Wildbacheigenschaft** gemäß § 99 Abs. 1 Forstgesetz durch die Dienststelle gemäß § 102 Abs. 1 lit. a (Sektion des forsttechnischen Dienstes der WLV) sind die betroffenen Gewässer **keine Wildbäche** mehr im Sinne des Forstgesetzes. Die Genehmigungen der bestehenden GZP werden vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zurückgenommen. Die Operate werden als qualifiziertes Gutachten an die neu zuständigen Baubezirksleitungen (BBL) übergeben. Die Ersichtlichmachung im Flächenwidmungsplan bleibt so lange aufrecht, bis ein neues Gutachten das alte ersetzt.

Was geschieht mit den vorhandenen Abflussuntersuchungen (ABU) bzw. Gefahrenzonenplänen der BWV?

Mit der **Feststellung der Wildbacheigenschaft** gemäß § 99 Abs. 1 Forstgesetz durch die Dienststelle gemäß § 102 Abs. 1 lit. a sind die betroffenen Gewässer **Wildbäche** im Sinne des Forstgesetzes. Es ist für diese Gewässer bzw. Gewässerabschnitte ein forstrechtlicher Gefahrenzonenplan zu erstellen. Die vorhandenen ABUs werden als qualifiziertes Gutachten an die neu zuständigen Gebietsbauleitungen übergeben und können als Grundlage für die neuen Gefahrenzonenpläne dienen. Die Ersichtlichmachung im Flächenwidmungsplan bleibt so lange aufrecht, bis ein neues Gutachten das alte ersetzt.

Die nunmehr zuständigen Dienststellen der Wildbach- und Lawinerverbauung (WLV) bzw. der Bundeswasserbauverwaltung sind somit für die Betreuung der Gewässer, für Fragen der Raumordnung sowie für Bauverfahren zuständig.

Nullszenario und allfällige Alternativen:

Die Verordnung aus 2010 würde in Kraft bleiben, das bedeutet, dass weder der Stand der Technik in der Erfassung noch naturräumliche Veränderungen berücksichtigt werden.

Ziel

Einzugsgebiete nach dem aktuellen Stand der Technik erfassen und den naturräumlichen Gegebenheiten entsprechend zu beschreiben und darzustellen.

Maßnahme

Verordnungserlassung mit einer Listendarstellung und zeitgemäßer planlicher Darstellung (geografisches Informationssystem).

Finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt und andere öffentliche Haushalte:

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen:

Bund: keine

Land: keine

Gemeinden: keine; im Begutachtungsverfahren zur Verordnung des Landeshauptmannes aus dem Jahr 2008, teilte das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft mit, dass die Pflicht der jeweiligen Gemeinde zur Begehung und erforderlichenfalls zur Räumung eines Wildbaches grundsätzlich unabhängig von der Festlegung eines Wildbaches durch eine Einzugsgebietsverordnung, sondern schon bei Vorliegen eines Wildbaches gemäß der Bestimmung des § 99 Abs. 1 Forstgesetz besteht (deklarativer Charakter der Verordnung)..

Auf Grund dieser Festlegung kann diese Verordnung keine neue finanzielle Belastung für die Gemeinden mit sich führen.

II. Besonderer Teil

Zu § 2:

Die Kartensammlung liegt in den genannten Stellen in digitaler Form auf. Einzelne Karten können im Bedarfsfall ausgedruckt werden.